

Interessenvertretung – einmal anders

Vor ein paar Monaten habe ich mit einem Assistenzarzt in einem süddeutschen Krankenhaus gesprochen. Seine Arbeitsbedingungen seien ganz ordentlich, meinte er. Pro Woche sei er zwar mindestens 60 Stunden in der Klinik, aber es würden – und das sei doch bemerkenswert - alle Überstunden bezahlt. In Berlin hatte ich in der Tat anderes gehört. Den Assistenzärzten wurde gleich bei der Einstellung gesagt: Sie müssen im Normalfall zwei Stunden länger bleiben, aber es ist nicht „üblich“, das als Mehrarbeit aufzuschreiben. Wer es trotzdem mache, belaste das knappe Budget. Menschen, die einen befristeten Arbeitsvertrag haben, verstehen das richtig und fügen sich.

Für mich war es keine Überraschung, dass sich in einer Urabstimmung 98,4 % der Ärzte an Universitätskliniken und 97,1 % der Ärzte an kommunalen Krankenhäusern für einen Streik um bessere Arbeitsbedingungen ausgesprochen haben. Abstimmen konnten die Mitglieder des Marburger Bundes, und das ist keine kleine radikale Minderheit: Ihre Zahl stieg in den letzten 1 ½ Jahren bundesweit um rund 30 % auf nunmehr ca. 105 000. Die Streiks fanden statt und brachten insbesondere für jüngere Ärzte beträchtliche Gehaltserhöhungen und eine deutliche Verbesserung der Befristungsregeln. Weihnachts- und Urlaubsgeld wurden in die monatliche Bezahlung integriert, wäre es doch psychologisch viel einfacher, eine bloße „Zusatzleistung“ später wieder abzusenken.

Was lässt sich daraus lernen? Auch woanders hat man Grund zur Klage, doch das bleibt meist folgenlos. Immer mehr Mitglieder verlassen die Gewerkschaft, und auch die Verbliebenen haben kein so rechtes Vertrauen mehr in ihren „starken Arm“. Zu sehr zerbricht man sich den Kopf des Arbeitgebers – die

öffentlichen Kassen sind leer, also muss man sich Kürzungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld gefallen lassen. Oder in der gewerblichen Wirtschaft: Weil das Unternehmen investieren oder langfristig wettbewerbsfähig bleiben will, fährt man die Lohnkosten zurück. Die Ärzte haben sich nicht an diese Spielregeln gehalten, obwohl ihre Arbeitgeber auch nicht auf Rosen gebettet sind. Und sie haben sogar in einem besonders schwierigen Umfeld einen Streik organisiert: Bei jedem unbedachten Schritt können Patienten zu Schaden kommen, und dies wäre für die Betroffenen, aber auch für die Ärztegewerkschaft eine Katastrophe gewesen. Der Erfolg zeigt: Es ist möglich, über Sozialabbau nicht nur zu jammern, sondern auch etwas dagegen zu tun.

Ver.di war dazu nicht in der Lage; der vor gut einem halben Jahr abgeschlossene Tarif hätte vielen Ärzten sogar eine Gehaltsabsenkung gebracht. „Einigkeit macht stark“ lautete die Devise bei der Ver.di-Gründung, aber herausgekommen ist der kleinste gemeinsame Nenner. Man kann heute nicht mehr alle über einen Kamm scheren, dazu sind die Arbeitsbedingungen, die Erwartungen und auch die Möglichkeiten, Druck auszuüben, viel zu unterschiedlich. Es wäre Zeit, aus diesem Fehler zu lernen und den einzelnen Untergliederungen mehr Spielräume zu geben. Wie hieß es so schön auf der Homepage der IG Medien: „In der Vielfalt liegt die Kraft“. Das ist leider nicht in die ver.di-Ära hinübergerettet worden.

Fundstelle: Der Betriebsrat (dbr) Heft 8/2006 S. 3